

## **Gemeinsame Resolution von SPD, Bündnis90/Die Grünen und LL**

Hier:

Gesetzentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)

Der Rat/ Jugendhilfeausschuss der Stadt Lüdenscheid fordert die Mitglieder des Landtags NRW auf, dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern.

Nach einem fast einjährigen Aushandlungsprozess zwischen Familienminister Laschet (CDU), den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und der Kommunen sowie den Kirchen entstand ein Konsenspapier, dessen Eckpunkte im anschließenden Referentenentwurf überraschenderweise kaum Beachtung fanden.

Auch zahlreiche Proteste seitens der Unterzeichner des Konsenses führten nur zu minimalen Veränderungen im jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf, der am 13.06.2007 im Landtag eingebracht wurde.

Diese Ablehnung aller fachlicher Bedenken führte zu einem Gesamtergebnis, das der Rat/ Jugendhilfeausschuss der Stadt Lüdenscheid insbesondere aus zwei Gründen für inakzeptabel hält:

1. Das KiBiz ist aus finanziellen Gründen abzulehnen. Auf die Stadt Lüdenscheid kommen mindestens 1,45 Millionen Büro an Mehrkosten zu. Die Landesregierung will den Kommunen als Leistungserbringern Aufgaben der Kinderbetreuung übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Dies widerspricht dem Konnexitätsprinzip und ist mithin eine Verletzung des Grundgesetzes Artikel 104a. Des Weiteren kommen Mehrausgaben auf die Eltern zu.
2. Das KiBiz ist auch aus fachlichen Gründen abzulehnen. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertageseinrichtungen wird zukünftig schwerer erfüllbar sein angesichts geringerer Leitungsfreistellungen, Nutzungs- statt Öffnungszeiten und Kind- statt Gruppenpauschalen. Damit wird die Finanzierung von Tageseinrichtungen unkalkulierbar. Bereits bestehende Öffnungszeiten von mehr als 45 Stunden/ Woche sind im KiBiz nicht mehr vorgesehen.

Die Kommunen und Träger werden vor fachliche Herausforderungen wie etwa die Steuerung des demografischen Wandels, den Ausbau der Unter 3-Jährigen Betreuung oder die Sprachförderung gestellt, zugleich sehen sie sich mit einer Verschlechterung der personellen und sächlichen Ausstattung konfrontiert; das ist widersprüchlich. Der Rat/ JHA der Stadt Lüdenscheid hält es für nicht hinnehmbar, dass das KiBiz zu Qualitätsabsenkungen führt.

Die im Gesetz enthaltenen Finanzierungsregelungen sollen ohne jede Erprobung zum 01.08.2008 in Kraft treten.

Bis heute liegt jedoch keine Verfahrensordnung vor. Übergangsregelungen sind bislang nicht vorgesehen. Damit ergeben sich Unsicherheiten für die Eltern, mit welchen Angeboten sie zum 01.08 rechnen können.

Auf die Träger kommen zum jetzigen Zeitpunkt unwägbare Belastungen zu. Zusammengefasst bleibt festzustellen, dass der vorgelegte Entwurf die derzeitige in den Kindertageseinrichtungen unserer Gemeinde aufgebaute Struktur einer guten Erziehungs- und Bildungspraxis zerstören würde.

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden, den freien Trägern der Jugendhilfe, den Elternverbänden, Gewerkschaften und Berufsverbänden sowie mit den kommunalen Landschaftsverbänden einen neuen Gesetzentwurf zu entwickeln, der den Ansprüchen einer modernen Elementarerziehung entspricht.

gez. SPD- Fraktion

Verena Kasperek

Bündnis90/Die Grünen

Hermann Morisse

Lüdenscheider- Liste

Angelika Linnepe